

Gerichtsgebühren – Europäisches Mahnverfahren - Lettland



Tento text byl přeložen strojově. Za kvalitu překladu neručíme.

Einleitung

Wie hoch sind die Ausgaben?

Wie viel muss ich bezahlen?

Was geschieht, wenn Gerichtsgebühren nicht rechtzeitig gezahlt werden?

Wie kann ich Gerichtsgebühren bezahlen?

Was sollte ich nach meiner Zahlung tun?

Einleitung

Nach [§](#) Artikel 33 Absatz 2 der Zivilprozessordnung hat der Gerichtshof folgende Ausgaben zu tätigen:

- Staatliche Zölle;
- Bürokosten;
- Ausgaben im Zusammenhang mit der Anhörung.

Für jede Klage, den ursprünglichen Antrag oder die Widerklage, auf Antrag eines Dritten, der sich auf den Gegenstand eines im laufenden Verfahren anhängigen Rechtsstreits, den Antrag in besonderen Verfahren sowie die anderen [§](#) Klagen nach Artikel 34 der Zivilprozessordnung bezieht, die vor Gericht eingereicht werden, wird die staatliche Gebühr entrichtet. In Artikel [§](#) 43 der Zivilprozessordnung sind diejenigen aufgeführt, die von der Zahlung der Gerichtskosten befreit sind (einschließlich nationaler Gebühren).

Der gerichtliche Satz zugunsten der Partei, an die das Urteil ergangen ist, ordnet dagegen alle von ihm bezahlten Gerichtskosten an. Wird die Forderung teilweise akzeptiert, so werden die angegebenen Beträge proportional zur Höhe der vom Gericht beglichene Forderungen auf den Antragsteller abgewälzt und proportional zu dem Teil des Beklagten, in dem die Forderung zurückgewiesen wurde. Die staatliche Gebühr für die Nebenklage gegen eine Gerichtsentscheidung, der Antrag auf Erneuerung des Verfahrens und die neue Bearbeitung des Abwesenheitsurteils werden nicht erstattet.

Verzichtet der Antragsteller auf die Forderung, erstattet er die Gerichtsgebühren, die dem Beklagten entstanden sind. Die vom Kläger in dieser Sache gezahlten Gerichtsgebühren werden vom Beklagten nicht erstattet. Behält jedoch der Kläger seine Ansprüche mit der Begründung aufrecht, dass der Antragsgegner diese nach Einreichung seiner Forderung auf freiwilliger Basis befriedigt hat, so werden ihm auf Antrag des Klägers die vom Beklagten gezahlten Gerichtsgebühren auferlegt.

Wird die Klage ohne Prüfung durchgeführt, so verurteilt das Gericht den Kläger auf Antrag des Beklagten zur Zahlung der Gerichtsgebühren.

Die Kosten eines Gerichts gehen, wenn ein Kläger von seiner Zahlung befreit worden ist, im Verhältnis zu seiner Forderung zu Lasten des Staatseinkommens des Antragsgegners.

Wie hoch sind die Ausgaben?

Der Antrag auf Erlass eines Europäischen Zahlungsbefehls gemäß der [§](#) Verordnung Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens unterliegt dem staatlichen Zoll.

Während des Verfahrens kann die Partei auch andere Gerichtsgebühren in Form einer Gerichtsgebühr (z. B. die Kosten für die Ausstellung von Verfahrensschriftstücken und Duplikaten) und die Kosten für die Bearbeitung des Falls (z. B. die Suche des

Antragsgegners durch den Kläger, die damit verbundenen Kosten, die Zustellung von gerichtlichen Entscheidungen und anderen Gerichtsdokumenten sowie die Kosten für Zustellung und Übersetzung) entrichten müssen.

Wie viel muss ich bezahlen?

Bei der Beantragung eines Europäischen Zahlungsbefehls sendet der Staat 2 % des geschuldeten Betrags zurück, jedoch nicht mehr als 498,01 EUR. Das Amt ist innerhalb der in Artikel 38 des Zivilprozessgesetzes festgelegten Grenzen zu entrichten. Andererseits können die Kosten für die Bearbeitung eines Falls von einer Reihe von Faktoren abhängen (z. B. je nach Art der Übermittlung der Dokumente – Versand einer einfachen Post oder E-Mail).

Was geschieht, wenn Gerichtsgebühren nicht rechtzeitig gezahlt werden?

Wird dem Antrag nicht mit Dokumenten beigelegt, in denen die Zahlung der staatlichen Abgaben und anderer Gerichtsgebühren gemäß den Verfahren und der gesetzlich festgelegten Höhe bestätigt wird, so stellt [das Gericht den Antrag auf der Grundlage von Artikel 133 des Zivilverfahrensgesetzes](#) ohne Leitlinien zur Behebung der Mängel aus.

Falls der Antragsteller die Mängel innerhalb einer bestimmten Frist behebt, gilt der Antrag als an dem Tag gestellt, an dem er erstmals vor Gericht gestellt wurde.

Versäumt es der Antragsteller, den Antrag fristgemäß fristgerecht zu stellen, so gilt der Antrag als nicht gestellt und wird an den Antragsteller zurückgesandt.

Die Rückgabe der Forderung an den Antragsteller verhindert nicht, dass die Klage nach dem in diesem Gesetz vorgesehenen allgemeinen Antragsverfahren wieder vor Gericht gebracht werden kann.

Umgekehrt stellt das Gericht diese bei den Gerichtsgebühren nicht vor, bevor die Gebühr entrichtet wird. Werden jedoch die Kosten im Zusammenhang mit dem Verfahren nicht nach dem Zeitpunkt, zu dem der Fall gelöst ist, frei in dem Staat gezahlt, so wird er nach den allgemeinen Bedingungen für die Vollstreckung der Gerichtsentscheidung vollstreckt.

Wie kann ich Gerichtsgebühren bezahlen?

Die **staatliche Gebühr** kann auf die Zahlung an das Konto des Schatzamtes überwiesen werden. Die staatliche Gebühr ([Artikel 3 4 der Zivilprozessordnung](#) mit Ausnahme des Absatzes 6) ist zu entrichten:

Empfänger: Staatskasse

Registriernummer: 90000050138

Kontonummer: LV55TREL1060190911200

Empfänger: Staatskasse

BIC-Code: TLRAV22

Botschaft: Angaben zur Identifizierung der Person oder der Sache: Fallnummer (sofern bekannt) und für natürliche Personen Vorname, Nachname, persönliche Kennnummer; bei juristischen Personen – Name und Registriernummer. Wird die staatliche Gebühr für Rechnung einer anderen Person gezahlt, so ist anzugeben, wer die Person, für die die Zahlung geleistet wird, Fallnummer (sofern bekannt) und für natürliche Personen Vorname, Nachname, persönliche Kennnummer; bei juristischen Personen – Name und Registriernummer.

Die **Entrichtung der staatlichen Gebühr für die Vollstreckung einer Ausführungsanordnung oder eines anderen vollstreckbaren Titels** kann in Form einer Zahlung auf Rechnung des Schatzamtes erfolgen. Die staatliche Gebühr für die Ausführung des Ausführungsmusters oder eines anderen [Vollstreckungsdokuments \(Artikel 34 Absatz 6 der Zivilprozessordnung\)](#) ist zu zahlen für:

Empfänger: Staatskasse

Registriernummer: 90000050138

Kontonummer: LV71TREL1060190911300

Empfänger: Staatskasse

BIC-Code: TLRAV22

Botschaft: Angaben zur Identifizierung der Person oder der Sache: Fallnummer (sofern bekannt) und für natürliche Personen Vorname, Nachname, persönliche Kennnummer; bei juristischen Personen – Name und Registriernummer. Wird die staatliche Gebühr für Rechnung einer anderen Person gezahlt, so ist anzugeben, wer die Person, für die die Zahlung geleistet wird, Fallnummer (sofern bekannt) und für natürliche Personen Vorname, Nachname, persönliche Kennnummer; bei juristischen Personen – Name und Registriernummer.

Die **Registerladung kann** auf Zahlung an das Konto des Schatzamtes entrichtet werden. Die Eintragungsgebühr (☞ Artikel 38 des Zivilprozessgesetzes) ist zu entrichten:

Empfänger: Staatskasse

Registriernummer: 90000050138

Konto Nr. LV39TREL1060190911100

Empfänger: Staatskasse

BIC-Code: TLRAV22

Botschaft: Angaben zur Identifizierung der Person oder der Sache: Fallnummer (sofern bekannt) und für natürliche Personen Vorname, Nachname, persönliche Kennnummer; bei juristischen Personen – Name und Registriernummer. Wird ein redaktioneller Beitrag zugunsten einer anderen Person geleistet, so sind zur Identifizierung der Personen, denen die Bürogebühr entrichtet wird, folgende Angaben zu machen: Fallnummer (sofern bekannt) und für natürliche Personen Vorname, Nachname, persönliche Kennnummer; bei juristischen Personen – Name und Registriernummer.

Die Kosten im Zusammenhang mit dem Verfahren und der Vollstreckbarkeit der Verpflichtung können aufgrund der vom Gerichtshof auf das Konto geleisteten Zahlung beglichen werden. Ausgaben im Zusammenhang mit☞ der Anhörung (Artikel 39 der Zivilprozessordnung) und Ausgaben im Zusammenhang mit der obligatorischen☞ [Durchsetzung von Verpflichtungen](#) (Artikel 3 der Zivilprozessordnung):

Bezirks- oder Stadtgerichte und Bezirksgerichte:

Empfänger: Gerichtliches Sanierungsverfahren

Registriernummer: 90001672316

Kontonummer: LV51TREL2190458019000

Empfänger: Staatskasse

BIC-Code: TLRAV22

Botschaft: 21499 sowie Angaben zur Identifizierung der Person oder des Falls: Fallnummer (sofern bekannt) und für natürliche Personen Vorname, Nachname, persönliche Kennnummer; bei juristischen Personen – Name und Registriernummer. Werden die Ausgaben im Zusammenhang mit der Anhörung für eine andere Person verauslagt, sind die Angaben zur Person, für die die entsprechenden Ausgaben getätigt wurden, anzugeben: Fallnummer (sofern bekannt) und für natürliche Personen Vorname, Nachname, persönliche Kennnummer; bei juristischen Personen – Name und Registriernummer.

Was sollte ich nach meiner Zahlung tun?

Dem Antrag sind Unterlagen beizufügen, die die Zahlung staatlicher Zölle und anderer Gerichtsgebühren gemäß den in dem Gesetz vorgesehenen Verfahren und Beträgen unterstützen. Die Bürogebühr wird auch vor der betreffenden Leistung gezahlt. Die Kosten im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Falls sind bis zum Verfahren zu zahlen.

Dies ist eine maschinelle Übersetzung des Inhalts. Der Urheber dieser Seite übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Qualität dieses maschinell übersetzten Texts.

Letzte Aktualisierung: 02/09/2019